

Erklärung von Gruppen aus der Parteiopposition:

Wer den Feind, den Imperialismus, nicht in den Repräsentanten angreift, die ihm Auge in Auge gegenüberstehen, sondern in denen, die ihm und denen er weit vom Schusse ist, und noch gar unter Approbation und Förderung der eigenen Regierung (...), ist kein Sozialist, sondern ein trauriger Offiziosus der herrschenden Klassen. Eine solche Sorte Politik ist Kriegshetzerei und nicht Klassenkampf, sondern das Gegenteil davon.

(Karl Liebknecht 1916)

Wir, linke oppositionelle Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE hatten den Aufruf „Linke gegen Krieg und Kriegsbeteiligung!“ initiiert. Dieser Aufruf richtet sich an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE und hat bisher über 8.100 Mal Unterstützung aus der Partei und aus ihr nahestehenden Kreisen erfahren.

Wir unterstützen jetzt das „Manifest für Frieden“, mit dem sich am 10. Februar Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht gemeinsam mit Persönlichkeiten aus einem breiten Spektrum der Zivilgesellschaft an die Öffentlichkeit gewandt haben und das bis heute eine halbe Million Menschen mitgezeichnet hat:

„Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: ‚Schaden vom deutschen Volk wenden‘.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.“

Wir beteiligen uns aktiv an der Vorbereitung der Demonstration am 25. Februar am Brandenburger Tor und rufen alle, die uns unterstützt haben auf: Nehmt teil!

Dieses Land braucht einen machtvollen Protest gegen eine Politik, die den Krieg immer weiter eskaliert. Deshalb ist es uns unverständlich, dass sich der Parteivorstand der LINKEN unserem Appell verweigert hat, das Manifest für den Frieden und die Manifestation vor dem Brandenburger Tor zu unterstützen.

Angesichts der Breite des Bündnisses, das dieses Manifest trägt, ist es selbstverständlich, dass es auch zu vielen Fragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Dennoch bleibt richtig: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

Wer ein Friedensmanifest, dessen Unterstützung von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer über Margot Käßmann, Peter Gauweiler, die von der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten nominierten Gerhard Trabert und Christoph Butterwege sowie Oskar Lafontaine bis hin zum einstigen Vizepräsidenten der EU-Kommission Günter Verheugen reicht, mit dem Vorwurf der Nähe zu Faschisten zu diskreditieren versucht, hat das selbst im Angesicht der Gefahr eines 3. Weltkriegs nicht verstanden.

Uns eint der Antifaschismus. Wir durchschauen eine Politik, mit der unser Antifaschismus gegen ein Friedensbündnis missbraucht werden soll.

17.02.2023

Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE: Aufbruch Neue Politik (Hamburg), Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, Karl-Liebknecht-Kreis Sachsen-Anhalt, Liebknecht-Kreis Sachsen, LAG Innerparteiliche Bildung und Theorie LINKE Niedersachsen, LAG Linksrum Hessen, Quo Vadis Die Linke? (Hamburg), Sozialistische Linke.